

**Annoncen:**  
**Annahme-Bureau:**  
 In Posen außer in der  
 Expedition dieser Zeitung  
 (Wilschstr. 10.)  
 bei C. H. Meißel & Co.  
 (Wilschstr. 10.)  
 In Gnesen bei H. Spindler,  
 in Opatowitz bei F. Streibner,  
 in Breslau bei Emil Kahlke.

# Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 701

Donnerstag, 7. Oktober  
 (Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Bl. die sechsgehaltene Zeile oder deren  
 Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
 Expedition zu senden und werden für die am folgenden  
 Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr  
 nachmittags angenommen.

1875.

## Amtliches.

Berlin, 6. Oktober. Der König hat dem Ober-Reg.-Rath und  
 Abtheil.-Präsidenten des zu Köslin den Nothen Adler-Ord. 2. Kl.  
 mit Eichenlaub; dem Direktor des Domgymnasiums zu Magdeburg,  
 Dr. Wichert, den R. A. D. 3. Kl. mit der Schleife; dem Ober-  
 Corps-Inspector des 3. Armee-Corps, Geh. Justiz-Rath Marcard, den  
 R. A. D. 2. Kl.; dem 1. sächsischen Major Freiherrn von Hohenberg  
 vom Generalstab des 1. R. D. 3. Kl. verliehen. Den Rittmeister  
 a. D. und Gutsbesitzer von Kalkreuth auf Muckow zum  
 Landrath, und den Gymnasial-Oberlehrer Dr. Julius Schulz in  
 Marienwerder zum Gymnasial-Direktor ernannt.

Der San-Inspector Weber zu Spandau ist nach Ernennung zum  
 Reg.- und Bau-Rath der Intend. des XIV. Armee-Corps zu Karlsruhe  
 überwiesen worden, zur Funktion als technischer Revisor der von den  
 Zivil-Beamten der Militär-Verwaltung bearbeiteten Bauprojekte, dem  
 Gymnasial-Direktor Dr. Julius Schulz die Direktion des Gym-  
 nasiums in Bartenstein übertragen, dem Oberlehrer an der lat.  
 Hauptschule zu Halle a. S. Dr. Christian Waff das Prädicat „Pro-  
 fessor“ beilegt, der Gymnasial-Oberlehrer Dr. Kraftert zu Riegitz  
 in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium zu Aurich berufen, der  
 seitb. Kreis-Bundarzt Dr. Simon zu Merseburg zum Kreisphysikus  
 des Kreises Merseburg, und der prakt. Arzt Dr. Georg zu Baderborn  
 zum Kreis-Bundarzt des Kreises Baderborn ernannt, der bei der Nie-  
 derschl.-Märk. Eisenbahn angestellte Eisenbahn-Baumeister Hermann  
 Cramer zu Berlin in gleicher Eigenschaft nach Guben verlegt, dem  
 Landrath von Kalkreuth das Landraths-Amt im Kreise  
 Birnbaum übertragen worden.

## Die Kaiserreise nach Italien

Bespricht der römische Korrespondent der „Nationalzeitung“ wie folgt:  
 Endlich, nach zweijähriger Erwartung, scheint der Gegenbesuch  
 Kaiser Wilhelms am italienischen Hofe eine Thatsache werden zu  
 müssen. Italien hat auf diesen Besuch lange gewartet und, sagen wir  
 es offen heraus, beinahe schon, wenn auch ungern verzichtet. Hiermit  
 soll übrigens kein Tadel gegen den Kaiser ausgesprochen werden, den  
 im Grunde schon sein hohes Alter von der Erfüllung einer Höflich-  
 keitspflicht losprechen würde. Aber wer die Hohenstaufen'sche Pflicht-  
 treue kennt, weiß es, daß der Kaiser sich von der Erfüllung des seinem  
 königlichen Hofe gegebenen Versprechens nicht durch Rücksichten auf  
 sein hohes Alter abhalten ließ. Der nun angekündigte Besuch beweist  
 es. Man muß jedoch zum Lobe der italienischen Presse sagen, daß sie  
 im Allgemeinen genug Einsicht besaß, von dem greisen Kaiser nicht zu  
 fordern, daß er nach den Besuchen einer langen Reise aussetzen  
 sollte, um dies einer Courtoisipflicht zu genügen, nachdem es schon  
 seit einem Jahre gewiß war, daß der Besuch, da er  
 nicht in Rom stattfinden sollte, nicht jene politische Be-  
 deutung haben konnte, welche man ihm in Italien zu-  
 geben wünschte. Ich selbst habe wiederholt auf die Nothwendigkeit hin-  
 gewiesen, daß der Kaiser nach Rom komme, eben um seinem Besuche  
 im Interesse der deutschen Politik eine große politische Bedeutung zu  
 geben. Dieser Wunsch ist, so viel mir bekannt, von der deutschen  
 Presse wohl begriffen worden, und ich erinnere mich nicht, einen ersten  
 und stichhaltigen Grund dagegen gelesen zu haben. Heute wäre es  
 unnütz, darauf zurückzukommen. Reiner officiöser Scepticismus wird es  
 gelingen, aus dem Besuche in Mailand etwas anderes als einen  
 Courtoisfact zu machen, der allerdings nicht einer gewissen politischen  
 Bedeutung entbehrt, bei dem aber diese im Grunde doch nur eine ganz  
 nebensächliche wird. Es ist nicht der erlebte friedliche Römerzug  
 eines deutschen Kaisers, des ersten, der über die Alpen gezogen wäre,  
 nicht um chimerische Ansprüche auf ein fremdes Land geltend zu machen,  
 sondern um zum Eintritte und Frieden wiederherzustellen Italien  
 seine Sympathien zu bezeugen und den Gegnern Italiens anzubieten,  
 daß dieses an dem mächtigen neuen Reiche einen treuen Freund und  
 eine feste Stütze habe — es ist der Besuch eines Führers bei dem an-  
 deren, freundlich, herzlich, ehrenvoll ohne Zweifel, aber sicher keine  
 politische Verpflichtung in sich liegend und daher ohne jede Einwir-  
 kung auf die verworrene allgemeine Lage Europas.

Trotzdem glaube ich schon jetzt den Jubel zu hören, den die italie-  
 nische officiöse Presse erheben wird, um dem Lande einzureden, daß die  
 Kaiserreise ein Erfolg der Politik des Ministeriums Minghetti sei.  
 Daß die Reise des Königs Viktor Emanuel nach Berlin nicht vom  
 Ministerium Minghetti, sondern schon vorher vom Ministerium Lanza  
 beschlossen war, und daß mithin der Gegenbesuch des Kaisers Wil-  
 helm wieder ein Erfolg noch ein Verdienst Minghetti's sein könne,  
 sieht die officiösen Blätter gar nicht an, denn sie erfüllen nur ihre  
 Pflicht, wenn sie den jeweiligen Machthaber verherrlichen, der sie  
 bejubelt. So selbstverständlich dies auch ist, halte ich mich doch  
 für verpflichtet, in vornehmlicher auf diesen Gummzug hinzuweisen,  
 weil wir wenigstens durch vier oder sechs Wochen in allen  
 ministeriellen italienischen Journalen täglich zu lesen haben werden,  
 daß die Kaiserreise eine unbedingte Billigung der Politik Minghetti's  
 in sich schließt.

Wenn für diesen kaiserlichen Besuch gerade die am meisten fran-  
 zösisch gefärbte Stadt Italiens ausersehen wurde, so gab dabei nur  
 deren Nähe an Deutschland den Ausschlag. Auch darf nicht außer  
 Acht gelassen werden, daß Mailand wohl die geistig und ökonomisch  
 reichste und dabei reinlichste Stadt Italiens ist und in klimatischer  
 Hinsicht am meisten von allen einer deutschen Großstadt ähnelt, ohne  
 dabei den Charakter einer italienischen Stadt zu verleugnen. So weit  
 die Anordnungen für den officiellen Empfang des Kaisers be-  
 trüben, sind diese, abgesehen davon, daß die wunderbare Geneser Be-  
 deutung fehlt, nicht, unbestreitbar überaus glänzend. Aber es wäre eine  
 Selbsttäuschung, zu erwarten, daß Kaiser Wilhelm von der so  
 bewillkommten mit jenem überauswundersamen Enthusiasmus bewillkommt  
 werde, wie Napoleon III., als er im Mai 1859 an der Seite Viktor  
 Emanuel's in Mailand als Befreier des Landes von der so  
 verhassten österreichischen Herrschaft eintraf. Solche Momente  
 wiederholen sich eben nicht alle 16 Jahre und es ist den Italienern zu  
 wünschen, daß sie sich niemals wiederholen mögen. Ich halte darauf,  
 diese Umstände in vorbinnen festzustellen, um zu keinen falschen Deu-  
 tungen post festum Anlaß zu geben. Die gebildete Großstadt  
 Italiens wird, ohne Zweifel dem deutschen Kaiser einen warmen und  
 achtungsvollen Empfang bereiten, wie er dessen hoher Würde und dem  
 Gutsfreunde des Königs von Italien gebührt; aber sie wird sich nicht  
 zu der Begeisterung erheben, welche, wenn Kaiser Wilhelm nach Rom  
 gekommen wäre, ganz Italien ergreifen hätte würde. Es beschränkt  
 sich ein schmerzliches Gefühl, daß die Verhältnisse dem greisen Kaiser  
 den Genuß dieser Genußnahme verweigern; sie wäre die hehrste Krö-  
 nung eines glückseligen Lebens gewesen. Der Siegeszug in  
 Berlin war der Ausdruck des Jubels und der Dankbarkeit des eigenen

Volkes gegen den angestammten Feind, und es wäre schlimm gewesen,  
 wenn es anders würde ausgefallen sein. Aber als weltgeschichtlicher  
 Moment ließe er sich mit einem Einzuge des deutschen Kaisers in Rom  
 nicht entfernt vergleichen, wo ein fremdes Volk ihn als Befreier aus  
 doppelter Knechtschaft mit einem Enthusiasmus begrüßt hätte, von  
 dem sich der Nordländer wohl kaum eine richtige Vorstellung bilden  
 kann. In Rom, nicht aber in Mailand hätte Kaiser Wilhelm seinen  
 Willen, wie eine ganz Nation intuitiv die Seerungen befreit,  
 welche die deutsche Politik und der durch sie bewirkte Wechsel  
 des europäischen Staatensystems Italien gebracht hat, und wie auch  
 die Italiener dankbar sein können. Aber ich erinnere mich des tief-  
 sinnigen griechischen Ausspruchs vom Reide der Götter und lege be-  
 wegen Herzens die Feder nieder.

## Ueber die Münzreform

bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“, wie bereits telegraphisch gemeldet, einen  
 zweiten Artikel. Derselbe ist vom 6. d. datirt und lautet:

Im Anschluß an unseren vorgelegten Artikel konstatiren wir zu-  
 nächst, daß von Noten der Preussischen Hauptbank im Umlauf waren  
 am 31. Dezember 1874 = 888422000 M.,  
 „ 31. März 1875 = 798860000 „  
 „ 30. Juni „ = 867102000 „  
 „ 31. August „ = 724916000 „  
 „ 30. September „ = 735472000 „

Die Anlage der Preussischen Bank in Wechseln und Lombard-  
 darlehen betrug am 31. Dezember vor. Jahres 437415000 M., am  
 31. März cr. 391588000 M., am 30. Juni cr. 474209000 M., am 30.  
 September cr. 499788000 M. Die letztere ist von einer Höhe, wie sie  
 seit mehr als anderthalb Jahren niemals erreicht worden ist, insbe-  
 sondere übertraf sie die entsprechende Anlage vom 30. September 1874  
 um 35484000 M., diejenige vom 31. Oktober 1874 = 475548000 M.  
 noch um mehr als 24 Millionen Mark. Da im verfloffenen Jahre  
 die Preussische Bank Anfangs November den Satz für Diskontierung  
 von 5 auf 6 Prozent und den Satz für Lombarddarlehen von 6 Pro-  
 zent auf 7 Prozent ebenso wie in diesem Jahre erhöht hat, so daß die  
 von der Bankverwaltung wiederum ergriffene Maßregel an sich nichts  
 Auffallendes und ist um so mehr gerechtfertigt, als die Heranziehung  
 des im Auslande beschäftigten Kapitals dazu beiträgt, den Aufkauf-  
 preis für Goldbarren und fremde Sorten herabzudrücken und denjen-  
 gen Banken, welche etwas sich nicht umfassend genug vorbereitet hätten,  
 der ihnen durch das Münzgesetz vom 4. Juli 1873 auferlegten Ver-  
 pflichtung Genüge zu leisten, es erleichtern würde, das bisher Versäumte  
 nachzuholen und sich mit einem ausreichenden Vorrath von Goldbar-  
 ren und von ausländischen Goldmünzen zu versehen. An meisten  
 charakteristisch für die gegenwärtige Situation ist nicht der Umstand,  
 daß die Anlage der Preussischen Bank in Wechseln und Lombarddar-  
 lehen, welche Ende Juni unter Fortsetzung des Diskontsatzes von  
 4 resp. 5 pCt. bis auf 474,209,000 Mark gestiegen war, nach Erhö-  
 hung dieser Höhe auf 6 resp. 7 pCt. doch noch weiter um 25,579,000  
 Mark gestiegen ist, sondern vielmehr der Umstand, daß gleichzeitig der  
 Notenumlauf gegen Ende Juni um 131,633,000 M. gefallen ist, daß  
 der Verkehr von der ihm seit Mitte Juli von der Preussischen Bank  
 gebotenen Gelegenheit sich in den Besitz von Goldmünzen zu setzen, in  
 umfassendem Maße Gebrauch gemacht und sich eines ansehnlichen,  
 seinen Bedarf übersteigenden Betrages an Banknoten entledigt hat,  
 und zwar lediglich der innere Verkehr, da während dieses 3 trau-  
 matischen Monatsgoldmünzen nicht ins Ausland gewandert, sondern aus dem  
 Auslande zu uns zurückgekehrt sind.

Die in dem Artikel vom 4. l. M. angekündigte Erörterung der  
 Frage von welcher Höhe die Notensumme sein sollte, deren sich der  
 Verkehr entledigt hat, kann zur Zeit nicht auf den Notenumlauf des  
 30. September erstreckt werden, da es noch nicht bekannt gemacht wor-  
 den ist, welche Notensumme sich Ende September im Umlauf be-  
 fanden. Indessen stimmt der Notenumlauf von Ende August =  
 724,916,000 M. mit demjenigen von Ende September = 735,472,000  
 Mark bis auf 10 1/2 Millionen Mark überein und kann deshalb füglich  
 als Anhalt benutzt werden. Die Preussische Bank hatte in Noten  
 Ende Dezember 1874: a 10 Tblr. 520,200, a 25 Tblr. 655,230,000,  
 a 50 Tblr. 465,100, a 100 Tblr. 128,907,000, a 500 Tblr. 75,191,000  
 Ende Juni 1875: a 10 Tblr. 501,000, a 25 Tblr. 431,840,000, a 50  
 Tblr. 276,100, a 100 Tblr. 102,480,000, a 500 Tblr. 627,280,000  
 Ende August 1875: a 10 Tblr. 289,000, a 25 Tblr. 1,383,700, a 50  
 Tblr. 225,500, a 100 Tblr. 792,880,000, a 500 Tblr. 328,430,000  
 in Umlauf, mit der Emission von Noten a 100 und 1000 M. ist die  
 Preussische Bank erst im laufenden Jahre vorgegangen; am 31. De-  
 zember v. J. waren daher außer den angegebenen Beträgen in Thaler-  
 noten keine Noten in Reichsmünzen im Umlauf; in diesem Jahre  
 befanden sich in Noten

a 100 M. a 1000 M.  
 Ende Juni 130835000 101305000  
 August 184427000 154923000

in Umlauf. Die Noten a 100 M. bedürfen vollständig den Ausfall, der  
 in dem Umlauf von Banknoten a 10, 25 und 50 Tblr. mit überhaupt  
 58995000 Tblr. = 176985000 M. eintritt, in diesem wird der bei  
 den Notenappoints von 100 und 500 Tblr. eingetretene Ausfall von  
 91957000 Tblr. = 275871900 M. durch die Notenappoints a 1000 M.  
 nicht gedeckt, vielmehr hat ein Betrag von 12,094,800 M. durch Gold-  
 oder Silbermünzen ersetzt werden müssen.

In welchem Umfange der Verkehr dieses Ausstoßes der höheren  
 Notensumme noch weiter fortgesetzt wird, das mag dahin gestellt  
 bleiben, jedenfalls erfordert der Uebergang zur Goldwährung die  
 unablässige Aufmerksamkeit der Bankverwaltung und das ernste Be-  
 streben, durch Heranziehung von unversündlichen Depositionen die nicht  
 unerschöpflich fließende Quelle der Banknotenausgabe zu ersetzen. Zur  
 Zeit ist die Situation der Preussischen Bank durchaus nicht Beorg-  
 nung erregend, die Nothwendigkeit weiterer Diskontierung ist in  
 keiner Weise dargelegt. Es kann nur Verwunderung erregen, wenn  
 jemand sich darüber wundere, daß von den überaus großen Vor-  
 rüthen, die an Reichsmünzen bei der Preussischen Bank ange-  
 ammelt waren, ein ansehnlicher Theil nunmehr in den Verkehr überge-  
 gangen ist und daß davon weitere Beträge noch in den Verkehr überge-  
 ben werden. Nehmen wir einmal an, daß der Verkehr noch weitere  
 200 Millionen Mark an höheren Notenappoints ausstoßen und durch  
 Goldmünzen oder Silberthaler ersetzt müßte, unterstellen wir fer-  
 ner, daß die seit längerer Zeit nicht mehr erreichte Höhe der  
 Kapitalanlage — die ohne Zweifel wie alljährlich schon  
 im Laufe des Monats Oktober ermäßig wird — bis  
 zum Ablauf des Jahres in unveränderter Höhe sich erhalte, daß  
 andererseits die stärkere Heranziehung von Depositionen nicht gelingen  
 möchte, dann würden die jetzigen Deckungsmittel der Bank von  
 466493000 M. sich vermindern auf 266493000 M., der Notenumlauf  
 sich vermindern auf 535472000 M., die Deckungsmittel würden selbst

dann noch 50 pCt. des Notenbetrages ausmachen. Man ist aber nicht  
 zu übersehen, daß, je mehr der Verkehr sich der entsetzlichen  
 Banknoten entledigt, je mehr der Umlauf sich auf den  
 unentschulten Bedarf beschränkt, desto mehr sich die Chance verrin-  
 gert, daß erhebliche Notenbeträge mehr eingelöst als neu ausgegeben  
 werden. Dazu kommt, daß die Ausdehnung des Geltungsbereiches der  
 preussischen Banknoten und der Geschäftsbüchigkeit der Bank die Be-  
 liebtheit der preussischen Noten und die Nachfrage nach denselben stei-  
 gern muß, daß die Bankverwaltung im Stande ist, sich in Bezug auf  
 die Höhe der Notenappoints dem Bedürfnis anzupassen, daß die  
 Privatbanken aus ihren Beständen die Einlösung ihrer Notenappoints  
 decken müssen und daß die desfalligen Metallbestände bei vielen Ban-  
 ken für immer dem Verkehr zurückgegeben werden.

DRC. Nach einer im Kultusministerium aufgestellten Uebersicht be-  
 trug die Zahl der Studierenden auf den preussischen Universitäten,  
 der Akademie zu Münster und dem Lyceum zu Braunsberg im  
 Sommersemester 1875 überhaupt 7649, darunter 6569 Preußen und  
 1080 Nichtpreußen. Außerdem hörten in Berlin die Vorlesungen 131  
 Eleven des Friedrich-Wilhelms-Instituts, 13 Eleven der medicinisch-  
 chirurgischen Akademie für das Militär etc., und waren außerdem zum  
 Hören der Vorlesungen berechtigt: 740 Studierende der Ban-Akade-  
 mie, 75 Studierende der Berg-Akademie, 530 Studierende der Gewerbe-  
 Akademie, 6 Eleven des landwirthschaftlichen Lehrinstituts, 6 remune-  
 rirte Schüler der Akademie der Künste, 73 von dem Rektor ohne Im-  
 matriculation zugelassene. Von den immatriculirten Studierenden  
 entfielen auf die Universität Berlin 1425 Preußen, 299 Nichtpreußen;  
 Bonn 641 — 135, Breslau 1042 — 26, Göttingen 761 — 301, Greifs-  
 wald 463 — 32, Halle 755 — 127, Kiel 155 — 35, Königsberg 575 —  
 36, Marburg 352 — 69, Münster 392 — 20 und auf das Lyceum zu  
 Braunsberg 8 Studierende (sämmlich Preußen).

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 6. Oktober.

— Dem berliner Magistrat ist von der Kaiserin folgendes  
 Schreiben zugegangen:

Der Magistrat Unserer getreuen Haupt- und Residenzstadt Berlin  
 hat Mich zu Meinem Geburtsfest mit seinen Glückwünschen um so  
 mehr erfreut, als die Erinnerung an Meinen unbescholtenen Groß-  
 vater, dem Deutschland so viel verdankt, in dem betreffenden Schreiben  
 Erwähnung gefunden hat. Mit dem Ausdruck Meines aufrich-  
 tigen Dankes verbinde Ich die Versicherung der Genugthuung, welche  
 Ich jedesmal empfinde, wenn Ich auf dem städtischen Gebiet Zeichen  
 jener Entwicklung wahrnehme, die nie rasten darf, weil sie zugleich  
 den Ansprüchen der bürgerlichen Wohlfahrt und der Nächstenliebe ge-  
 genwärtig ist; eine Entwicklung, für welche unsere Zeit vielfache Veran-  
 lassung darbietet und die in Deutschland allseitige Würdigung und  
 Theilnehmung findet. Baden-Baden, den 2. Oktober 1875.

ge. August a.

— Ueber die künftige Stellung des Geh. Ober-Reg.-Raths Per-  
 sius wird officiös geschrieben:

Auf speziellen Wunsch des Herrn Ministers des Innern und des  
 gesammten Staatsministeriums wird der zum Präsidenten des Ober-  
 verwaltungsgerichts ernannte Geh. Ober-Reg.-Rath Persius nach wie  
 vor bei der Vorbereitung der Gesetze im Ministerium des Innern  
 thätig sein und so gewissermaßen sein Dignität behalten. Wenn gleich  
 wird mit diesem kein anderer Rath betraut werden, auch nicht der in  
 die etatsmäßige Stelle eines vortragenden Raths an Persius statt  
 eintretende Geh. Reg.-Rath Haase. Ob Herr Persius auch in der  
 Kammer die von ihm ausgearbeiteten Vorlagen betreffs der inneren  
 Reform vertreten wird, ist noch nicht bestimmt, doch ist es wahrscheinlich,  
 daß irgend eine Abhängigkeit von dem Minister des Innern für den  
 Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts mit jener Thätigkeit seines-  
 wegs verbunden zu sein braucht.

— Die jüngst stattgehabten Beratungen der Bundesrats-Aus-  
 schüsse über die Medizinal-Statistik haben, wie nachträglich  
 bekannt wird, zu sehr lebhaften Erörterungen über diejenigen Gegen-  
 stände geführt, welche der mehrfach erwähnte Bericht des Geh. Regie-  
 rungsraths Dr. Engel über die Verhandlungen der Special-Kommission  
 berührt. Die Ausäußerungen lassen es für jetzt als wahr-  
 scheinlich ansehn, daß zunächst dem Bundesrath und später dem Reichs-  
 tage ein Gesetz über Errichtung eines Reichs-Gesundheits-  
 amts vorgelegt werden möchte. Dasselbe würde mit einer beratenden  
 und begutachtenden Thätigkeit etwa in der Weise betraut werden,  
 wie jetzt auf seinem Gebiete das Reichs-Justiz Amt und wie jenes eine  
 Abtheilung des Reichskanzleramts bilden. Der Ausschuss hat ferner  
 den Entwurf eines Reichs-Gesetzes in Aussicht genommen  
 und zwar womöglich in dem Rahmen, den die erwähnte Special-Kom-  
 mission vorgezeichnet hat. Endlich ist auch ein Gesetz über obli-  
 gatorische Fleischschau projektiert, namentlich gegenüber der  
 Trichinose, welche zu einer Katastrophe für Deutschland zu werden droht.  
 Auch diese Gesetze dürften als Resultate der nächsten Reichstagesession  
 erscheinen.

— Verschiedenen neuerdings durch die Presse gegangenen Nach-  
 richten über den Ausbau des Palais Majestät begegnet der  
 „Reichsanzeiger“ mit der Mittheilung, daß es sich nicht im Entfer-  
 ntesten um eine große Umwandlung der früheren Räume, geschweige  
 um eine Fertigstellung des Ausbaues in mehreren Monaten handelt.  
 „Es sind vielmehr bisher nur einige wenige Vorarbeiten ausgeführt  
 worden, da die Geringfügigkeit der Summe, welche aus Ministerial-  
 baufonds zu diesem Zweck hat entnommen werden können, es an  
 sich für sich unmöglich machte, den projektierten Umbau auch nur in An-  
 griff zu nehmen. Die zu letzterem erforderlichen Gelder können nur  
 vom Reichstage bewilligt werden, und ehe dies geschieht, kann von  
 einer Ausführung des in Aussicht genommenen Umbaus nicht die  
 Rede sein.“

— Wie bereits erwähnt, haben die Minister des Innern und  
 der geistlichen Angelegenheiten die zuständigen Staatsbehörden jüngst  
 mit Anweisung zur strengen und sorgfältigen Handhabung der Be-  
 stimmungen über das Kollektenwesen versehen und ihre be-  
 sondere Aufmerksamkeit auf das Kollektieren seitens der geistlichen  
 Genossenschaften hingelenkt.



Wie jetzt ausgeführt worden, erscheint es zutiefst notwendig, darauf zu halten, daß die von den zuständigen Staatsbehörden erteilte Erlaubnis zu Kollekten nicht zu einem fortlaufenden, in kurzen Zeiträumen sich wiederholenden, oder gar täglich stattfindenden Kollektiren auf unbestimmte Zeit ausgedehnt werde. Es soll vielmehr festgehalten werden, daß die bewilligten Kollekten längstens binnen Jahresfrist nach erfolgter Genehmigung stattfinden; eine wiederholte Bewilligung darf nur nach erneuter Prüfung des Bedürfnisses und auf Grund des Nachweises über die richtige Verwendung der gesammelten Gelder bewilligt werden. Es wird ferner besonders eingeschärft, daß die Bewilligung, wonach Kirchenkollekten nur der Anordnung der kirchlichen Oberen anheimfallen, sich nur auf solche Kollekten bezieht, welche innerhalb der Kirchenräume bei dem Gottesdienste eingesammelt werden. Ueber den Bereich der Kirchenräume hinaus unterliegen auch die für kirchliche Zwecke oder von kirchlichen Oberen veranlaßten allgemeinen Kollekten denjenigen Beschränkungen, welche für Abhaltung von Kollekten staatlicher Seite im Interesse der öffentlichen Ordnung vorgehoben sind. Dies gilt besonders auch in den Fällen, in welchen die Mittel zur Befriedigung kirchlicher Bedürfnisse mit Genehmigung der kirchlichen Oberen statt durch ordnungsmäßige Umlage auf die dafür Verpflichteten durch freiwillige Gaben in der Form von Hauskollekten aufgebracht werden sollen. Auch solche Kollekten von Haus zu Haus sollen nur mit vorgängiger Genehmigung der Staatsbehörden stattfinden. Auf eine andere Art unerlaubten Kollektirens wird noch hingewiesen auf die von Haus zu Haus bewirkte, bisher vielfach geduldeten Einfammlung von Geldbeiträgen zur Unterstützung des Papstes, des sogenannten *Peterpfennigs*, für welchen Zweck sich, namentlich in der Rheinprovinz, eigene Vereine, (die St. Michaelsbruderschaften) gebildet haben. Derselben vernehmen, wie den Behörden eröffnet wird, die Nachsicht der staatlichen Erlaubnis zu ihren Kollektiren nicht umgeben zu können, indem sie dieselben lediglich als Abholen von Vereinsbeiträgen betrachten, während doch, nach ihren Statuten die Mitgliedschaft häufig durch die Zahlung gewisser Winterbeiträge ohne Weiteres erworben werden soll. Dies wird als eine missbräuchliche Ausbeutung des Vereinsgesetzes bezeichnet, denn das von Haus zu Haus bewirkte Einfammeln von Beiträgen bei Personen, welche dem Vereine nicht ausdrücklich beigetreten sind, fällt unter den Begriff der Hauskollekte und ist ohne staatliche Genehmigung unstatthaft, ebenso wie das in derselben Form bewirkte Sammeln von Zeichnungen zu Vereinsbeiträgen oder von Beitrittserklärungen zu dem Vereine.

Der Verfasser eines Zeitungsartikels, welcher in demselben in Beziehung auf einen Anderen herabwürdigende Thatsachen verbreitet, ohne diese beleidigenden Behauptungen als die seinigen hinzustellen, ist trotzdem nach einem Erkenntnis des Ober-Tribunals vom 16. September d. J. wegen Beleidigung resp. Verleumdung zu bestrafen.

Der Redakteur Hirth hatte in der politischen Uebersicht der „Frankfurter Zeitung“ einem Landrathe Mißbrauch des Amtes und Willkür vorgeworfen. Aus dem Zusammenhange und Sinne des Artikels war jedoch zu ersehen, daß der Verfasser die heftigste Behauptung nicht als eigene Behauptung aufgestellt hatte. Gegen S. wurde in Folge dessen eine Anklage wegen verleumdender Beleidigung wider besseres Wissen erhoben. Aber sowohl die Strafkammer des Stadtgerichts zu Frankfurt a. M. als auch die Berufungskammer des Appellationsgerichts daselbst sprachen S. von der erhobenen Anklage frei, weil nach dem Zusammenhange und Sinne des Artikels die beugenden Behauptungen nicht als eigene Behauptungen des Verfassers anzusehen sind. Auf die Nichtigkeit der Behauptungen der Staatsanwaltschaft vernichtete das Obertribunal die vorinstanzlichen Erkenntnisse und verwies die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Appellationsgericht zu Wiesbaden, mit der Motivierung, daß die §§ 186 und 187 des Strafgesetzbuchs auch denjenigen mit Strafe bedrohen, welcher herabwürdigende Thatsachen verbreitet ohne zugleich das Erfordernis aufzustellen, daß derjenige, welcher solche Thatsachen verbreitet, die beugenden beleidigenden Behauptungen sich aneignet.

Es sind bei Auslegung des Quartierleistungsgesetzes vom 25. Juni 1868 Zweifel darüber vorgekommen, ob die Gemeinden die nach ihren Verhältnissen etwa an Stelle der prinzipialen Naturalquartierleistung innerhalb der Gemeinde aufzubringenden Geldleistungen, einschließlich der etwaigen Servizauskünfte und sonstiger Geldausgleichungen nur nach Maßgabe der im Sinne des § 4 des Gesetzes entbehrlichen, der Quartierlast unermessenen Räume reparieren dürfen, oder ob ihnen auf Grund des § 7 Alinea 4 und 5 die unbeschränkte Befugnis zusteht, mittelst Ortsstatuts jene Leistungen auch nach einem anderen Maßstabe — sei es im Wege der ordentlichen Gemeindebesteuerung, sei es nach einem sonstigen Fuße, — umzulegen. Wie der Minister des Innern in einem an die Bezirksregierungen gerichteten Zirkularelaß erklärt, hat sich der Reichstag, mit dem er dieserhalb in Verbindung getreten ist, für die zweite Alternative ausgesprochen, und gleichzeitig bemerkt, daß die Vorschriften in § 6 des Kriegsausgleichsgesetzes vom 13. Juni 1873 bzw. in § 7 des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875, durch welche den Gemeinden die Berechnung erteilt wird, gewisse Naturalleistungen für eigene Rechnung zu übernehmen und die erwachsenden Kosten auf die hierdurch von unmittelbarer Leistung befreiten Pflanzungen nach Verhältnis ihrer Verpflichtung zur Naturalleistung umzulegen, keineswegs den einzigen Maßstab bezeichnen sollen, nach welchem der gedachte Aufwand aufzubringen ist, sondern daß der Zweck jener Vorschriften nur dahin gehe, die Berechnung der Gemeinden sicher zu stellen, neben oder anstatt der Aufbringung der Kosten nach Art der Gemeindefürsorge, auch den bezeichneten Maßstab anzuwenden.

Eine Lücke im Strafgesetzbuch, welche bei der bevorstehenden Revision derselben der Vorfrage bedarf, ist in diesen Tagen durch einen Plenarbeschluß des Obertribunals festgestellt worden. Entgegen der übereinstimmenden Ansicht des Stadtgerichts und Kammergerichts finden nach dieser dem ausführlich motivierten Antrag des Generalstaatsanwalts entsprechende Entscheidung die strafrechtlichen Bestimmungen über Gefährdung des Eisenbahnbetriebes auf Pferdeabfahren keine Anwendung. Die Begründung in diesem Sinne bewegt sich vorwiegend im Gebiete der Wortauslegung. Allerdings ist es richtig, daß das Moment gemeiner Gefahr, welches für die Strafbarkeit bestimmend war, zunächst von den Einrichtungen des Lokomotivbetriebes abgenommen wurde und bei Pferdeabfahren nur in bedeutend geringerem Maße obwaltete. Andererseits ist es klar, daß wenn Pferdeabfahren nach den gewöhnlichen Grundbegriffen des Wagenverkehrs beurteilt werden sollen, sie entweder ihren Werth vollständig einbüßen oder ihre Benutzung für das Publikum in einem Grade gefährlich wird, den die staatliche Fürsorge für das Gemeinwohl nicht dulden kann. Die polizeilichen Konzeptionen zur Anlage von Pferdeabfahren in verkehrsreichen Straßen und über Plätze, welche einen Knotenpunkt des Wagenverkehrs bilden, hat daher nur in der Unterstellung erteilt werden können, daß ein besonderer strafrechtlicher Schutz für ihren Betrieb bestehe. Wenn nunmehr der höchste Gerichtshof des Landes das Gegenteil feststellt, so ist es auf's Dringendste geboten, die dadurch formell nachgewiesene Lücke des Gesetzes auszufüllen. Es ist daher zu erwarten, daß schon bei der Beratung der Strafprozeßnovelle im Bundesrathe dieser Punkt nicht unberücksichtigt bleibe. Uebrigens ist das Urteil des Obertribunals um so auffälliger, als wenigstens die Motivierung des Generalstaatsanwalts ausdrücklich hervorhebt, daß die Anwendbarkeit des Haftpflichtgesetzes auf Pferdeabfahren allgemein anerkannt sei. Ein innerer Zusammenhang zwischen dieser ausnahmsweisen Verpflichtung, welche den Unternehmern gewisser Verkehrsanstalten auferlegt wurde, und einem entsprechenden besonderen Rechtsschutz ist doch unabweisbar, und es ist kaum denkbar, daß die gesetzgebenden Faktoren jene auf Pferdeabfahren hätten ausdehnen wollen, ohne die Voraussetzung, daß denselben auch dieser Schutz zu Theil werde, meint die „Nat.-Ztg.“

Rassel, 4. Oktober. Durch den Abgeordneten Dr. Fr. Deller ist der hiesigen Stadt zur Begründung einer Volksbibliothek ein Stiftungskapital von 6000 Mark nebst 210 Mark Zinsen davon, sowie nachträglich noch 900 Mark für die ersten Anschaffungen zugewendet worden.

Büdingen, 4. Oktober. Die katholische Kirche, das Pfarrhaus des katholischen Geistlichen und das Gebäude der katholischen Schule hierseits sind sämtlich im Grundbuche auf den Namen des Bischofs in Bielefeld als Eigentümern eingetragen, welcher auch einen großen Teil der zur Erhaltung und resp. zum Ankauf dieser Baulichkeiten verwandten Mittel hergegeben haben soll. Vor einigen Tagen sind alle diese Immobilien, wie dem „S. C.“ mitgeteilt wird, auf Grund eines Kaufkontrakts vor dem Grundbuchrichter auf einen Herrn v. Böselager zu Köllinghofen, vertreten durch einen hiesigen Anwalt, aufzulaufen. Bei der Aufzählung ist der gesammte Kaufpreis auf 30,000 M. angegeben. Man kann sich hier diesen seltensamen Verkauf nicht anders erklären, als daß der Bischof besorgt habe, es möchten die Grundstücke bei Verreibung der wider ihn erkannten Geldstrafen als Pfandobjekte in Anspruch genommen werden.

Gotha, 4. Oktober. Die „longrächlichen“ Leiden der Presse scheinen noch eine Weile anhalten zu sollen. Zu allen noch in Aussicht stehenden Kongressen kommt nun auch noch der deutsche Frauentag. Gestern hielt die Kommission eine Beratung, in welcher das aus 5 Damen bestehende Präsidium gewählt und die Geschäftsordnung festgestellt wurde. Die erste Hauptversammlung wurde dann von der ersten Vorsitzenden, Frau Louise Peters aus Leipzig, eröffnet. Es mochten über 300 Frauen und etwa 50 Herren anwesend sein. Nachdem die Präsidentin einen historischen Rückblick über die Beziehungen des Frauenvereins gegeben und dabei besonders darauf hingewiesen hatte, daß es gerade zehn Jahre sind, seitdem die „Frauenfrage“ von dem Frauentage gepflegt und gefördert werde, wurden Referate über die Beziehungen der Frauenbildungsvereine in Dresden und Stuttgart erstattet, die insbesondere in Dresden zu sehr bedeutenden Erfolgen bereits geführt haben. Hiernach wurden die eingegangenen Zuschriften verlesen, aus welchen eine sympathische, in französischer Sprache abgefaßte Adresse der Gesellschaft „Solidarité“ aus Genf und eine Einladung aus Philadelphia, mit Frauenarbeiten die Welt-Ausstellung zu besuchen, besonders bemerkenswerth sind. Den Hauptvortrag über die Aufgabe und Ziele der Frauenbildung hielt Fräulein Calm aus Rassel. Dieselbe entwickelte mit Takt und Urteil die Schäden der weiblichen Erziehung und die Wege, wie denselben zu begegnen sei. Die Rednerin fesselte ihre Zuhörer und verstand es sogar, die Gemüther zu bewegen.

Seute tagte der Ausschuss der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung, vertreten durch 8 Mitglieder, in Verbindung mit Delegierten anderer deutscher Lehrervereine, wie namentlich des allgemeinen deutschen, des preussischen, bairischen, barmstädtschen Landeslehrervereins, ebenfalls durch 8 Mitglieder vertreten, unter Teilnahme von Lehrern als Gästen zu dem Zwecke, um zu beraten und vorläufig zu beschließen, wie die allgemeine deutsche Lehrerversammlung künftighin organisiert werden soll. Nach eingehenden Debatten wurden folgende Beschlüsse einstimmig gefasst: 1) Der ständische Ausschuss der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung beruft in Verbindung mit dem Zentralausschuss des deutschen Lehrervereins in Berlin die nächste allgemeine deutsche Lehrerversammlung als deutschen Lehrertag. 2) Der nächste deutsche Lehrertag ist zusammenzusetzen aus den Vorständen resp. Vertretern der bestehenden Landes- und Provinzial-Lehrervereine, sowie aus Vertretern sonstiger größerer Lehrvereine, sofern dieselben nicht schon einem der vertretenen Vereine angehören. 3) auch nicht delegierte Lehrer können den Beratungen des deutschen Lehrertages, jedoch ohne Stimmrecht, teilnehmen. 4) Die Mittheilung resp. Veröffentlichung dieser vorläufigen Beschlüsse an die Vorstände der einzelnen Lehrvereine u. d. übernimmt der bisherige Geschäftsführer des ständischen Ausschusses der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung.

Colmar, 3. Oktober. Ueber einen peinlichen Vorfall erzählt das „N. B. Z.“ folgenden Bericht: Als am 26. September im „Café Taron“ zu Colmar etwa 120 Festgäste der dritten Wanderversammlung des „Deutschen Weinbau-Vereins“ beim frühlichen Mahle vereint waren und der Bezirkspräsident von Elsaß-Lothringen den ersten Toast auf den Kaiser ausgedrückt hatte, blieben drei Herren von der Tischgesellschaft mit Ecclat sitzen. Der Eine war ein ultramontaner bairischer Reichsrath, die beiden Anderen waren zwei Alt-Elsaßler. Die Sache ging so zu: Sobald der Appellationsgerichtsrath Schlumberger das Wort ergriff und begann: „Monsieur les Français!“ nahm sich einer der Gäste die Freiheit, zu rufen: „Français!“ — Parlez français! Der größte Theil der Versammlung war sprachlos vor Staunen und Entrüstung und es entstand eine peinliche Pause, wie sie sich in kritischen Momenten einzustellen pflegt. Ein Theil der Gäste, welche zu mindestens Dreivierteln aus Altschweizern bestanden, begnügten sich „Dio! Dio!“ zu rufen. Ein kaiserlicher Beamter aber rief: „Ginosschmeiken!“ und die Herren, welche einsahen, wie bedenklich ihre Stellung Angesichts dieser drohenden Haltung der Festgäste geworden war, erwähnten das bessere Theil und verhielten sich mit einem Male mündchensförmig. In Folge dieser weichen Taktik trat nach wenigen Sekunden allgemeine Stille ein und nun war Appellationsgerichtsrath Schlumberger in der Lage, seine Rede in deutscher Sprache unangesehen vorzutragen. Daß aber der Zwischenfall ungeheures Aufsehen gemacht hat und folsamen den ausschließlichen Gesprächsstoff für die spätere Unterhaltung bildete, ist leicht begreiflich.

Spanien. Bei der am 1. Oktober erfolgten Eröffnung der madrider Universität hat König Alfonso eine Rede gehalten, in welcher er u. A. sagte: „Ich erkenne an, daß die gegenwärtigen Verhältnisse schwierige sind; ich wünsche lebhaft die Entwicklung des Unterrichts zu begünstigen und für große Unternehmungen thätig zu sein, von denen die schönste ist, das Volk sittlich zu heben und zu bilden. Es ist schwerlich für mich, der ich weder direkt noch indirekt zu dem Bürgerkriege Veranlassung gegeben habe, zu sehen, daß derselbe trotz meiner Anstrengungen noch nicht beendet ist. Mein schönster Traum würde der sein, daß die Geschichte eines Tages niederschriebe, wenn das gegenwärtige Spanien auch nicht den Gipfel seiner früheren Größe erreichte, so hat es sich wenigstens unter den zivilisirten Nationen Europa's einen wohlverdienten Platz zu erobern gewußt.“

Ueber die eventuelle Vermählung des jungen spanischen Königs Alfonso schreibt die „Allg. Ztg.“ Folgendes:

Die in engen Kreisen bereits bekannt gewordenen Nachrichten über solche Heirathspläne erörtern der pariser Berichterstatter der „Times“ in einer Korrespondenz, welche offenbar aus guter Quelle geschöpft, aber entweder aus mangelhaftem Verständnis der mitgetheilten Thatsachen oder durch irgend ein Versehen so abgefaßt ist, daß sie der Berichtigung oder Ergänzung bedarf. Füllen wir die offenbaren Lücken aus, so ist ihr Sinn folgender: Canovas del Castillo, welcher höchst wahrscheinlich in nicht ferner Zeit wieder die Stelle des ersten Ministers einnehmen wird, verfolgt mit seinem Rücktritt die Absicht, die spanische Regierung von den Fesseln zu entbinden, welche er selbst der päpstlichen Kurie in Bezug auf die Wiederherstellung des Konkordats von 1851 gemacht hatte. Das Gegenstück dieses Konkordats, nämlich die Gestattung der freien Religionsübung in Spanien, war erforderlich, um einen weiteren Zweck zu erreichen: in Deutschland eine gute Meinung für Spanien hervorzuheben und so die Vermählung des jungen Königs mit einer deutschen Prinzessin zu erleichtern. Auf diesem Gebiete der Ehescheidung aber wird Canovas mächtige Feinde zu bekämpfen haben. Die Königin Isabella wünscht ein anderes Ehebündnis. Der erwähnte Berichterstatter bezeichnet dasselbe nicht ausdrücklich, doch geht aus dem Zusammenhange hervor, daß die Erwählte die fünfzehnjährige Prinzessin Maria de las Mercedes, Nichte der Königin und Tochter des Herzogs

von Montpensier, ist. Isabella bedauert, daß die Verlobung nicht schon vollzogen worden, ehe Alfonso sich nach Spanien begab. Wie ein angesehenes spanier mir sagte, so heißt es weiter, wünscht alle Welt diese Heirath, Spanien ist dem Plane günstig gestimmt, aber Niemand ist da, der ihn mit dem notwendigen Eifer unterstützt. Es bleibt zu erwarten, ob Canovas del Castillo, dem es an jenem Eifer für seinen deutschen Vorschlag nicht fehlt, mächtig genug ist, um die Förderer der Fusion Alfonso-Montpensier zu besiegen.“ Und selbst schon vor einiger Zeit Nachrichten über die für den jungen König geschmiedeten Heirathspläne zugegangen; indessen glauben wir vorläufig noch nicht ermächtigt zu sein, über das von Canovas in's Auge gefaßte Ziel nähere Aufklärungen zu geben, zumal da es fraglich ist, in wie fern er auf ein Entgegenkommen von der andern Seite rechnen könnte. Eins nur möchten wir andeuten — daß der Einzug einer protestantischen Königin in Madrid jedenfalls den Sturz der politischen Priesterherrschaft besiegeln würde.“

XX Petersburg, 2. Oktober. Die Sympathien für die nothleidenden Slaven in der Herzegowina wachsen. Ueberall werden zu ihrem Besten Sammlungen veranstaltet, ja sogar Kosimbälle und Liebhabertheater arrangirt. In den hiesigen Kirchen wurden an einem der letzten Sonntage durch den höheren (Gesellschafts-) Klassen angehörende Damen Teller Kollekten veranstaltet. An der Spitze dieser steht der „Golos“. Als eine bemerkenswerthe Thatsache theilt er u. A. mit, daß die oralsche Kreislandschaft beschlossen habe, 1000 Rubel aus den Zinsen des der Landschaft gehörigen freien Kapitals zu Gunsten der Herzegowiner zu spenden und läßt daran, die Hoffnung, daß auch andere Landschaftsversammlungen ebenso bereit ihre Sympathien für die slavischen Brüder, die das Unglück hatten, als Unterthanen eines unchristlichen Herrschers geboren zu werden, Ausdruck geben werden. Am eifrigsten wird für die Herzegowiner in Odessa gesammelt. Ja, die Sympathie daselbst geht so weit, daß sich gegen 50 junge Leute auf den Kriegsschauplatz begeben haben, von denen viele Weib und Kind verlassen, um ihr Leben im Kampfe gegen die Türken zu riskiren. — Die Ruhe ist unter den bosnischen Kosaken immer noch nicht hergestellt, denn wie ein hiesiges Blatt aus Orenburg mittheilt, wird das Gerücht über die renitenten Kosaken fortgesetzt. Es sind bereits mehr als 1500 Personen zur Ansiedelung nach Turkestan verurtheilt worden und zahlreiche andere werden eben abgeherrscht. — Den Juden in Rußland, welchen bisher nur in einzelnen Provinzen der Aufenthalt gestattet wurde, soll nunmehr eine Erleichterung insofern gewährt werden, daß denjenigen unter ihnen, welche den Kurios einer Lehranstalt durchgemacht haben, die Wahl eines beliebigen Aufenthalts im ganzen Reiche zusteht. — Von Seiten der Ingenieurverwaltung ist vor Kurzem ein Bericht über die Lage unserer Grenzen in strategischer Beziehung und über den derzeitigen Stand unserer Festungen ausgearbeitet worden. In Kriegsministerium ist nun eine aus Vertretern des Generalstabes, Ingenieur- und Artillerie-Offizieren bestehende besondere Kommission niedergesetzt worden, um diesen Bericht einer allseitigen Beurtheilung zu unterziehen.

Amerika. Der Präsident Grant, meist schweigsam und besonders öffentlichen Reden abhold, hat zur Ueberraschung aller Völker am 30. v. M. in einer Versammlung des tennesischen Kongresses zu Des Moines im Staate Iowa eine Rede gelesen, die allgemeines Aufsehen erregt hat. Der sonst so wortfame Präsident sagte:

„Wenn wir in naher Zukunft noch einen Kampf auszufechten haben, — so sage er nach einer Einleitung auf den letzten Krieg — dann wird die trennende Linie nicht die Mason- und Dixonlinie (die fiktive Grenze zwischen den sklavenshaltenden und den freien Staaten) mehr sein, sondern es wird eine solche sein, die auf der einen Seite Vaterlandsliebe und Bildung, auf der anderen Aberglauben, Ehrgeiz und Unwissenheit aufweisen wird. Es ist Zeit, Hand anzulegen an das Werk der hundertjährigen Jubelfeier, welches in der Befestigung der Grundlage des von unseren Vorfahren bei Verinton beauneten Gebäudes besteht. Laßt uns für die Sicherung des freien Gedankens der freien Rede, der freien Presse, der reinen Sitte, des ungefälschten religiösen Gefühls, der Gleichberechtigung aller Menschen ohne Rücksicht auf Abstammung, Farbe oder Religion arbeiten; die freien Schulen fördern, dafür sorgen, daß kein Dollar, der für sie bestimmt ist, zur Unterstützung einer Sektenschule verwandt werden soll, daß weder ein Staat noch die ganze Nation andere Anstalten unterhält, als solche, in welchen jedes Kind den gewöhnlichen, nicht von abentheuerlichen, heidnischen oder konfessionellen (sectarian) Lehren durchsetzten Schulunterricht erhalten kann; überlassen wir die religiöse Belehrung der Familie und der Kirche, und halten wir Kirche und Staat für immer getrennt. Mit diesen Vollwerken werden, so glaube ich, die Schlachten, in welchen sich die Armee von Tennessee bewährt hat, nicht vergebens gekämpft sein.“

Man kann diese Worte wohl nur als Warnung deuten vor der in den Vereinigten Staaten neuerdings immer klarer hervortretenden ultramontanen Bewegung, zu deren ersten Zwecken selbstverständlich die Erhebung der Schule gehört. In mehreren Orten ist kürzlich versucht worden, die Staats- oder Gemeinde-Unterstützung auf die (pejisch) katholischen Schulen zu lenken, in welchen der Syllabus die Richtschnur oder vielmehr die Grenze alles Denkens bildet. Daß in der Presse der „Kulturkampf“ schon mit einiger Festigkeit entbrannt ist, wurde bereits mehrfach betont. Eine hervorragende Rolle als Kämpfer im Streite spielt der alte Friedrich Hecker, welcher in der westlichen „Post“ von St. Louis mit erbarmungsloser Wucht auf den Ultramontanismus und seine rührigsten Vertreter, die Jesuiten, losschlägt, und ihnen keinen Frevel der Vergangenheit und der Gegenwart schenkt.

## Lokales und Provinzielles.

r. Wollstein, 6. Oktober. [Zahrmarkt. Amisein- führung. Wahl.] Auf dem gestern hier abgehaltenen Jahrmarkte war viel Hornvieh aufgetrieben, das jedoch zum größten Theile von schlechter Beschaffenheit war. Es war indeß nur nach gäsem Vieh Nachfrage, für welches auch ziemlich gute Preise bezahlt wurden. Der Pferdemarkt war ebenfalls gut besucht; das Geschäft war jedoch sehr schleppend. Nur nach Schweinen war Bekehr, die auch zu guten Preisen willige Abnehmer fanden. Der Getreidemarkt war größtentheils mit Roggen und Hafer besetzt. Es war jedoch nur geringe Kauflust. Der Scheffel Roggen wurde mit 6 2/5 M. und Hafer mit 4 M. bezahlt. — An Stelle des am 1. Juni er. nach Schlichtingheim versetzten Pastors Schmidt ist der bisherige Hilfsprediger an der Kreuzkirche zu Bosen Herr Wehrs von dem l. Konfistorium zum Hilfsprediger an der hiesigen evangelischen Kirche ernannt, und am letzten Sonntage nach Beendigung der Predigt durch den Pastor Herrn Möllinger von hier eingeführt worden. — Die auf den 30. v. M. anberaumte Wahl des katholischen Kirchenvorstandes und der Gemeindevorstellung wurde durch den vorstehenden Herrn Rechtsanwalt Doege aufgekoben und auf den 14. d. M. im hiesigen katholischen Schaulaufe festgelegt.

## Der Delegaten-Prozess.

S. Posen, 6. Oktober. [Schluß des ersten Verhandlungstages.] Zur Feststellung des objektiven Thatsachensandes wurde







